

Unsere Anträge für die Landtagssitzung Januar 2020

www.linksfraktionmv.de



30 Jahre Mecklenburg-Vorpommern - Rahmenbedingungen für gute Arbeit schaffen - [Drucksache 7/4626](#) -

30 Jahre nach der Wiedervereinigung sind gleiche Lebensverhältnisse, gleiche Löhne, gleiche Renten immer noch keine Wirklichkeit. Versprechen wurden gebrochen, dieses Land ist nach wie vor gespalten. Bundes- und Landesregierung verschlafen Entwicklungen und haben keinen Plan, wie sie die Zukunft dieses Landes gestalten wollen.

Azubi-Ticket Mecklenburg-Vorpommern sofort auf den Weg bringen - [Drucksache 7/4624](#) -

Seit Jahren fordert die Wirtschaft ein Azubi-Ticket, und wir Linken freie Fahrt für Kinder und Jugendliche in Schule, Ausbildung und Studium. Auch die CDU will ein Azubi-Ticket. Nun ist die Ministerpräsidentin auch dafür und kündigte ein Konzept an. Der Zeitpunkt kann günstiger nicht sein. Angesichts von über 300 Millionen Überschüssen im Landeshaushalt darf nicht noch mindestens ein weiteres Jahr verplempert werden, um ein Konzept zu entwickeln und eine Studie abzuwarten, um die Kosten zu ermitteln. Das Azubi-Ticket muss ab August gelten, diese Zusicherung brauchen Azubis und ihre Eltern jetzt für die Berufsentscheidung!

Sechs Bundesländer haben bereits ein Azubiticket, dort kostet es 365 im Jahr oder ab 50 Euro monatlich. Wir wollen, dass die Wirtschaft sich an den Kosten beteiligt und Azubis kostenfrei landesweit den Nahverkehr nutzen können. Die weiten Wege zur Berufsschule sind Ausbildungshemmnis Nr. 1 – wenigstens von den Kosten müssen die Azubis entlastet werden. Das Azubi-Ticket ist ein erster Schritt. Mittelfristig soll ein Mobi-Pass Kinder und Jugendliche in Schule, Ausbildung und Studium berechtigen, landesweit kostenfrei den Nahverkehr mit Bahn und Bus zu nutzen. Das soll auch eine Initialzündung für den Nahverkehr bewirken. Statt Tickets zu finanzieren soll durch Landesunterstützung das Angebot deutlich verbessert, Landes-Tarif und Landes-Ticket eingeführt und Bahn und Bus optimal vernetzt werden.

Selbstbestimmungsrechte von Frauen stärken - § 219a Strafgesetzbuch streichen - [Drucksache 7/4623](#) –

Im November 2017 wurde eine Gießener Ärztin zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sie auf ihrer Internetseite sachliche Informationen über Schwangerschaftsabbrüche vorhielt. Später wurde das Urteil in zweiter Instanz bestätigt. Die Ärztin informierte auf ihrer Internetseite weiterhin über Schwangerschaftsabbrüche, weshalb es zu einer erneuten Verurteilung kam, die am 12.12.2019 in zweiter Instanz bestätigt wurde. Laut Gericht verstieß sie damit gegen § 219a des Strafgesetzbuches wegen „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“. Die gesetzlichen Regelungen zu Schwangerschaftsabbrüchen sind insgesamt ein Kuriosum im deutschen Strafrecht. Sie sind von moralischen und politischen Diskussionen geprägt, dogmatisch unsauber ausgestaltet und teilweise systemwidrig. Im März 2019 unternahm der Bundestag mit dem Gesetz zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch den Versuch, zumindest etwas für Klarheit zu sorgen. Ohne Erfolg. Es bleibt das Kuriosum, dass die bloße Information über einen an sich straffreien Eingriff, strafbar bleiben soll. Hinzu kommt, dass in Informations- und Selbstbestimmungsrechte von Frauen eingegriffen wird. Der § 219a StGB ist deshalb zu streichen.

Aussprache: Für ein solidarisches und soziales Europa - Schlussfolgerungen aus dem Brexit für Mecklenburg-Vorpommern ziehen

Am 08.01. 2020 hat das britische Unterhaus dem Austrittsankommen zwischen der EU und Großbritannien zugestimmt. In seiner Sitzung am 29./30.01.2020 wird das Europäische Parlament dem folgen, so dass der Brexit am 31.01.2020 vollzogen werden kann. Nun da der Austritt amtlich ist, ist es an der Zeit, sich über die Gründe und notwendige Verbesserungen Gedanken zu machen. Die EU hat viele positive Aspekte. Sie ist ein Friedensprojekt und sie gewährleistet Freizügigkeit für ihre Einwohner. Im Kern ist sie aber immer ein wachstumsorientiertes Wirtschaftsprojekt geblieben. Dies muss in Zukunft geändert werden. Zwar ist die EU mit der Proklamation der europäischen Säule sozialer Rechte einen wichtigen Schritt gegangen, doch müssen diese ausgebaut und unterfüttert werden. Die EU muss weiterhin solidarischer und sozialer werden.

Grundwassermessstellennetz in Mecklenburg-Vorpommern ausbauen

- [Drucksache 7/4625](#) -

Deutschland hat durch jahrelanges Nichthandeln die Vorgaben der Europäischen Nitratrichtlinie nicht umgesetzt. Die verschärfte Düngeverordnung von 2017 wurde von der Europäischen Kommission als nicht ausreichend erachtet, um die Vorgaben der Nitratrichtlinie zu erfüllen. Deshalb wurde Deutschland in einem Vertragsverletzungsverfahren 2018 verurteilt. Die erneute Verschärfung der nationalen Düngeverordnung, die ab Mai 2020 gelten soll, stellt gerade kleine und mittlere Agrarbetriebe vor größte Herausforderungen. Die Landesregierung steht in der Pflicht, die Landesverordnung zur nationalen Düngeverordnung so zu gestalten, dass sie zielgenau die Einhaltung der Europäischen Nitratrichtlinie ermöglicht, aber praktikable und umsetzbare Regelungen für die Agrarbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern schafft, die nicht existenzgefährdend sind. Dazu ist ein deutlich ausgebaut und verbessertes Netz an Grundwassermessstellen notwendig.

Freifunkinitiativen besser unterstützen - [Drucksache 7/4627](#) –

Die Freifunkinitiativen leisten in ehrenamtlicher Tätigkeit einen wertvollen Beitrag am Ausbau digitaler Infrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern. Durch sie werden nichtkommerzielle Strukturen geschaffen, um vorrangig den Einwohnerinnen und Einwohnern Mecklenburg-Vorpommerns kostenfreie und anonyme WLAN-Internetzugänge (Hotspots) im öffentlichen Raum rechtssicher zur Verfügung zu stellen. Die Arbeit der Freifunker muss daher mehr unterstützt werden, z.B. durch die Bereitstellung landeseigener Immobilien. Wir wollen, dass mit den Freifunkinitiativen eine öffentliche Kampagne entwickelt und gestartet wird, um mehr Menschen für diese ehrenamtliche Arbeit zu begeistern. Außerdem werden wir uns auch mit diesem Antrag weiter aktiv dafür einzusetzen, dass Freifunkinitiativen die Gemeinnützigkeit anerkannt wird.

Initiative #WirHabenPlatz unterstützen - [Drucksache 7/4628](#) –

Die Inseln der Ägäis, vor allem Moria auf Lesbos, Samos und Chios, sind erste Anlaufstelle für Flüchtlinge aus der Türkei. Derzeit sind mehr als 39.000 Menschen, darunter mehr als 4.100 unbegleitete Minderjährige katastrophalen Bedingungen ausgesetzt. Die Aufnahmelager liegen mehr als 300 Prozent über der Auslastungsgrenze. Wir wollen, dass mindestens 20 unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer in Mecklenburg-Vorpommern aufgenommen werden. Das ist die absolute Untergrenze.